

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	05/2025
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	27.05.2025
Zeit:	18:30 Uhr –20:46 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Seidel
Mitglieder anwesend:	<u>CDU</u> Stadträtin Haaf und Oppelt; Stadträte Bernauer, Erles, Schendzielorz und Sy <u>FW</u> Stadträtin Mayer; Stadträte Dr. Cherwon, Hofstätter, Dr. Rothe, Scholl (ab 19 Uhr) und Wachert <u>Grüne</u> Stadträtinnen Inama-Knäblein, Krastel und Scheibe; Stadträte Katzenstein, Konrad und Zietak <u>SPD</u> Stadträtin Linier; Stadträte Hertel, Staudenmaier und Weinmann <u>Linke</u> Stadtrat La Licata
weiter anwesend:	Frau Polte (FB 1) Frau Melanie Potoski (Leiterin der VHS Eberbach-Neckargemünd), zu TOP 3 Herr Thinius, Fa. UniqBit, sowie Herr Walschburger (FB 1) zu TOP 4 Herr Weiher (FB 2) zu TOP 5; Frau Vollmer (FB 1), zu TOP 6
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Henßler, Stadträte Wagner und Bergsträsser
Urkundspersonen:	Stadträtinnen Haaf und Krastel
Sachvortrag:	Frau Potoski zu TOP 3; Herr Thinius TOP 4; Herr Weiher zu TOP 5 Frau Vollmer zu TOP 6
Schriftführerin:	Frau Polte

Bürgerfragestunde

Frau Holschuh, Leiterin des Kindergartens St. Ulrich, rügt, sie habe erst aus der Zeitung erfahren, dass heute ihr Kindergarten Thema im Gemeinderat sei. Die Stadt habe sie darüber nicht informiert, was sie erwartet hätte. Sie wolle nun wissen: sei es seitens der Stadt gewollt, dass der Kindergarten in der Altstadt dauerhaft bestehe? Der Bürgermeister antwortet, die Stadt sei am Erhalt der Einrichtung in der Altstadt sehr interessiert. Hinsichtlich des Infoflusses sei er davon ausgegangen, dass der Träger die Leitung informiere – und überrascht, dass dies nicht geschehen sei.

Frau Hoffmann, Anwohnerin der Adam-Siefert-Straße, teilt mit, sie hoffe, dass es mit der Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 50 bald weitergehe, insbesondere in Anbetracht des Unfalls auf der B 45 vor kurzem. Sie berichtet, vor einigen Jahren seien dort in der Straße Lichtmasten ausgetauscht worden. Einer der ausgetauschten liege immer noch quer im Eingangsbereich der Adam-Siefert-Straße. Auch ein umgehauenes Weidenkätzchen liege da noch. Wann würde das alles weggeräumt?

Der Bürgermeister sagt zu, dass die Stadt, sofern zuständig, den alten Mast entfernen werde, bzw. sagt er zu, falls eine andere Behörde dafür zuständig sei, die Information weiterzugeben. Wegen der Pflanzen bittet er die Bürgerin, die entsprechenden Koordinaten an das Email-Postfach der Stadt zu schicken.

1: Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 4/2025 vom 29.04.2025

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

1.1: Sachvortrag:

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: Beratung:

-

1.3: Beschluss:

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: Vorlage und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 29.04.2025 gefassten Beschlüsse

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

2.1: Beschluss:

Der Bürgermeister verliest die nichtöffentlichen Beschlüsse wie folgt:

Personalangelegenheiten: Besetzung der Stelle „Klimaanpassungsmanagement (m/w/d)“

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die auf 24 Monate befristete und geförderte Stelle „Klimaanpassungsmanager (m/w/d)“ zum 01. Juli 2025 mit Frau Malin Steinhäuser zu besetzen. Die Eingruppierung erfolgt in Entgeltgruppe 11 TVÖD.

Grundstückangelegenheiten: Verkauf Ensemble „Griechische Weinstube“ / „Lamm“

Aufgrund der verfestigten Vermutung, dass der bisherige Kaufinteressent abgesprungen ist, beschließt der Gemeinderat einstimmig mit einer Enthaltung, den Beschluss vom 16.04.2024 (Auftrag zu entsprechenden Verkaufsverhandlungen durch den Bürgermeister) zurückzunehmen. Zugleich beauftragt er die Verwaltung, das Objekt Neckarstraße 36 – 38, Flst. Nr. 98 – 101, erneut zum Verkauf anzubieten. Das Vorsehen eines gastronomischen Angebotes im EG ist hierbei nicht als Bedingung zu stellen, jedoch als wünschenswert zu signalisieren. Die Interessenten sollen zur Konzeptvorstellung im Gemeinderat aufgefordert werden.

Umzug der Ortsverwaltung Dilsberg: Anmietung EG; Neuhofer Straße 32/2, Flst. 3538 & Weiterverwendung Burghofweg 1, Flst. Nr. 160/1

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung einstimmig bei 2 Enthaltungen, das Erdgeschoss des Objekts Neuhofer Straße 32/2, Flst. 3538, Gemarkung Dilsberg, anzumieten.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung ebenfalls einstimmig bei 2 Enthaltungen, nach Umzug von Ortsverwaltung und Feuerwehr, das Objekt Burghofweg 1, Teilfläche des Flst. 160/1, mittels Erbbaurechts oder hilfsweise Verkauf zu verwerten.

Er ergänzt zum TOP „**Verkauf der Griechischen Weinstube**“, der vormalige Gemeinderat sei bei der Entscheidung für den gewählten Investor ein Risiko eingegangen. Seines Erachtens sei es damals nicht abwegig gewesen, dieses Risiko einzugehen. Bedauerlicherweise könne sich bei jeder solchen Entscheidung ein Risiko immer realisieren, wie es jetzt geschehen sei. Man müsse also wieder auf Anfang gehen und den Prozess erneut starten.

Ebenso erläutert er zum TOP „**Umzug der OV Dilsberg**“, die Maßnahme sei Teil einer Doppelstrategie: zu einem gehe es darum, alle Ortsverwaltungen und ihre Umgebungen barriereärmer machen; das sehe man auch an der Rampe in Waldhilsbach (Submission nächste Woche) und voraussichtlich werde auch Mückenloch für 2026 etwas beantragen. Die ehemalige Volksbank-Filiale Dilsberg liege hervorragend angebunden und sei ebenerdig erreichbar. Zum zweiten müsse die Stadt dringend von wenig für öffentliche Nutzungen geeigneten Gebäuden Abstand nehmen; das Objekt Burghofweg 1 sei ein wunderschönes Wohnhaus in spektakulärer Lage; jedoch für die aktuellen Nutzungen wenig oder kaum geeignet; eine andere Verwendung senke im Gebäudeunterhalt die städtischen Dauerausgaben und trage nach dem Dafürhalten von Bürgermeister und Rat zur mittelfristigen Defizitreduktion bei. Als letzten Punkt wolle er der Transparenz halber erwähnen, dass Vermieter eine eGbR sein werde, an der Stadtrat Bernauer beteiligt ist; sämtliche Vorschriften zur Befangenheit seien während des gesamten Verfahrens eingehalten worden, und die Öffentlichkeit dürfe versichert sein, dass alle Fraktionen des Gemeinderates und des Ortschaftsrates Dilsberg bei diesem Geschäft sehr genau hingeschaut hätten.

3: **Mündlicher Sachstandsbericht „VHS Eberbach-Neckargemünd“**

3.1: **Sachvortrag:**

Frau Potoski stellt die gegenwärtige Situation der VHS Eberbach-Neckargemünd, insbesondere die Herausforderungen aufgrund der weggebrochenen Einnahmen aus den Integrations- und Deutschkursen des BAMF und gestiegenen Kosten, die Maßnahmen zur Gegensteuerung und die Zukunftsperspektiven anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigelegt wird.

3.2: **Beratung:**

Alle Fraktionen danken dem VHS-Team für die gute Arbeit.

Stadtrat Katzenstein betont, Deutschlands wesentliche Ressource sei die Bildung, diese sollte einen hohen Stellenwert haben. In diesem Zusammenhang stehe auch die Wichtigkeit des lebenslangen Lernens. Er nimmt Bezug auf die Kündigung von Räumen, um dem drohenden Rückgang der Sprachkurse zu begegnen. Gäbe es im Falle einer künftigen Wiederzunahme dieser Kurse das Problem, dass dann wegen fehlender Räume keine zusätzlichen Kurse mehr möglich sein würden?

Frau Potoski antwortet, diese Problemlage sei der VHS bewusst. Man habe daher die Anmietung eher teurer Räume beendet, und für die Sprachkurse setze man in Kontakt mit der Stadt vor allem auf das Martin-Luther-Haus, und habe bereits mit der Stadt abgesprochen, dass die VHS abends in Schulen gehen könne. Zusätzlich habe sie Vereine angeschrieben und gefragt, ob man von diesen im Bedarfsfall Räume bekommen könne. Statt Miete für teure externe Räume zu zahlen, wolle man ggf. das Geld lieber den Vereinen geben. Hierzu habe sie aber noch keine Rückmeldung.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4: **Beschaffung von Hardware, Software und Dienstleistungen für die Rechenzentren der Stadt Neckargemünd**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt, ebenso die in der Sitzung verteilte Tischvorlage mit den aktuellen Ausschreibungsergebnissen.

4.1: **Sachvortrag:**

Herr Thinius, der das Verfahren begleitet hat, erläutert kurz die Vorlagen. Hintergrund der Neukonzeption sei, dass der damalige Anbieter des gegenwärtigen Bestandes in der Form, wie er damals angeboten habe, nicht mehr existent sei. Auch sei die Hardware an ihren Grenzen und überaltert. Der Vorteil des gewählten Verhandlungsverfahrens ergäbe sich vor allem dann, wenn man nicht genau wisse, was man wolle, und auf gute Vorschläge hoffe. Daher habe die Stadt diese Variante gewählt. Im Rahmen des Verfahrens hätten die Anbieter im Haus entsprechende Umsetzungsvorschläge gemacht.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein möchte eine nähere Erläuterung, wie das zukünftige Modell genau aussehen solle, und wie es sich von dem gegenwärtigen Ausbauzustand

unterscheide. Inwieweit gäbe es Redundanz für Angriffe von außen oder Ausfälle wg Feuer usw. ?

Herr Thinius erklärt, im ursprünglichen Zustand gäbe es 2 brandschutztechnisch und baulich voneinander getrennte Rechenzentren. Man nutze sie bis jetzt als „Spiegel“, parallel dazu komme die Schulinfrastruktur. In der Ausschreibung habe man als Erstes Wert darauf gelegt, dass die vorhandenen Mitarbeiter die Technik selbst verwalten können. Zusätzlich sei man das Thema Sicherheit angegangen. Ein Rechenzentrum habe relativ wenig Schutz nach außen (firewalls seien nicht Bestand der Ausschreibung gewesen); berücksichtigt worden sei aber der Schutz der hier liegenden Daten (Backup-Thematik). Gegen physikalische Zerstörung sehe man 3 Komponenten vor: Man habe den Anbietern die Möglichkeit gegeben, die Spiegelung über beide Rechenzentren gleichzeitig, oder als zeitlich versetztes Spiegeln anzubieten, und jeweils die Vor- und Nachteile betrachtet. Wichtig im Falle, dass ein Rechenzentrum ausfällt, sei schließlich, ansatzlos mit dem zweiten weiterarbeiten zu können. Das Backup sichere dann zeitlich versetzt die Daten, und die entsprechenden Anlagen seien einerseits im Haus, andererseits komplett ausgelagert untergebracht.

Stadtrat Wachert möchte wissen, warum es keine komplette Auslagerung in die Cloud geben solle. Man müsse ein Rechenzentrum finden, das dieses bieten könne; in diesem Fall hätte man dann geringere Anschaffungskosten. Sei das geprüft worden? 3 Standorte seien teuer und stressig für die Mitarbeiter. Mehrere große Städte gingen diesen Weg schon.

Herr Thinius antwortet, diese Variante sei betrachtet und durchgerechnet worden. Fakt sei, das man ohne eigene Hardware hier im Haus nicht hinkomme. Ein Teil der Datensicherung finde nicht im Haus statt. Wolle man alle Applikationen auslagern (München z.B. habe nur einen kleinen Teil ausgelagert) und mit allen 3 Rechenzentren die Cloud gehen, würden höhere Kosten für das Hosting entstehen. Der Betreiber brauche entsprechende Leitungen, Absicherungen wären nötig. Damit käme man deutlich über die Kosten, die wir jetzt haben. Außerdem zu bedenken: Anbindung an Glasfaser habe man erst einmal nur im Schulzentrum, aber noch nicht hier im Haus. Mit der gewählten Lösung werde man das Equipment 5 – 7 Jahre nutzen können und deutlich kostengünstiger sein.

Stadtrat Konrad gefällt das Vergabeverfahren: es sei eine clevere Lösung für ein Problem, das man selbst vor Vergabe nicht durchdringen könne – gehe das auch für andere Themen? Der Bürgermeister bestätigt das. Der beschränkte Teilnahmewettbewerb sei das richtige Verfahren für eine Herausforderung, für die man Lösungsideen suche, ohne schon die Lösung in Form eines Leistungsverzeichnisses zu kennen.

Stadtrat Wachert ärgert, dass man im Gemeinderat ein solches Vergabethema erst dann vorgelegt bekomme, wenn die Ausschreibung schon stattgefunden habe. Für seine Entscheidung empfinde er es als unzureichend, dass man im Gremium keine Zahlen zu sehen bekomme.

Herr Thinius weist darauf hin, es gebe im Ausschreibungsbereich die Thematik der Geheimhaltung bei der Auswertung, an der man nicht vorbeikomme. Es seien mehrere Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden, es hätten sich auch mehrere beteiligt. Es hätten viele Gespräche stattgefunden. Man würde jeder dieser

Firmen zutrauen, diesen Auftrag umzusetzen. Gerätetechnisch seien Geräte von 2 großen Herstellern angeboten worden. Man habe den Platz, den man jetzt aktuell zur Verfügung habe, hardwaretechnisch weiterentwickelt. Auf dem gleichem Hardwareplatz bekomme man jetzt mehr Daten unter: allein sehr zurückhaltend gerechnet, bekäme man die vierfache Platzmöglichkeit für die Zukunft gestellt, ohne mehr Hardware anschaffen zu müssen. Die entspr. Leistungsparameter der Prozessoren seien nach oben genommen worden, und es wurde auch auf die Lizenzierung geachtet. Die Angebotspreise befänden sich alle innerhalb des Budgets, das der Gemeinderat gegeben habe. Die Hardware für die beiden städtischen Rechenzentren bliebe im Umfang genauso groß, und identisch, die der Schule würde etwas kleiner. Alle drei hätten das gleiche System, weswegen die Mitarbeiter gut damit arbeiten könnten. Die gesamte Hardware werde ausgetauscht, eine entspr. Datenlöschung werde stattfinden. Stadtrat Wachert kritisiert, die Stadt habe dem Gemeinderat auch die Ausschreibungsunterlagen nicht gezeigt. Was hätten das mit der Geheimhaltung zu tun? Auf die Antwort von Herrn Thinius, die Ausschreibungsunterlagen seien für jedermann in den öffentlichen Portalen sichtbar, bittet Stadtrat Wachert darum, dass die Verwaltung in künftigen Fällen den Räten einen Hinweis darauf gibt, wo die Unterlagen einsehbar sind.

Stadtrat Dr. Rothe erkundigt sich, wieviele Punkte derjenige erzielt hätte, der auf dem 2. Platz gelandet sei.

Herr Thinius antwortet, die Punkte hätten relativ nahe beieinander gelegen. Qualitativ hätte es einen Unterschied gegeben.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung der Firma SVA System Vertrieb Alexander GmbH.

5: **Kindergarten St. Ulrich – Zukünftiges Finanzierungsmodell**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung und Personal - ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

5.1: **Sachvortrag:**

Herr Weiher führt kurz in die Thematik ein und stellt die Hauptpunkte vor: wegen Verkaufs des Gebäudes kämen die Mietkosten auf die Stadt zu; die Kirche fordere eine Mindestvertragslaufzeit von 15 Jahren. Aufgrund steigender Betriebsausgaben sollen die städtischen Zuschüsse um 1 % steigen. Die Gebäudefläche (ohne Außenbereich) für den Kindergarten umfasse 475 qm, was einem Mietpreis von 11,58 Euro /qm Gebäudefläche bedeute. Die Mietkosten sollen zudem zu 100% von der Stadt getragen werden. Der Investor habe umfangreiche Renovierungsarbeiten angekündigt, die für Erweiterung der Räume (z.B. im 2. OG) dienen sollen.

5.2: **Beratung:**

Die Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen danken dem Team des Kindergartens St. Ulrich für ihre gute Arbeit. Man empfinde den Kindergarten als gute

Bereicherung innerhalb des vielfältigen Angebots, und freue sich über die Belebung der Altstadt, die der Standort bringe.

Stadtrat Sy führt aus, die CDU habe sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Es dürfte allgemein bekannt sein, dass die finanzielle Lage der Kommunen sehr prekär ist. Die Stadt bekomme von der Rechtsaufsichtsbehörde intensiv über die Schulter geschaut und sei streng gehalten, bei sämtlichen Kosten das Augenmerk darauf zu legen, dass die Stadt handlungsfähig bleibt. Hinsichtlich des Vorschlags der Kirche müsse man eine Risikoabwägung treffen. Niemand könne wissen, wie sich künftig die Kinderzahlen in Neckargemünd entwickeln werden. Daher sei es schwierig, sich auf einen Vertrag mit so hoher Laufzeit einzulassen. Aus deren Blickwinkel heraus habe man Verständnis dafür, dass Kirche und Investor versuchen, jegliches Risiko auf andere abzuwälzen. Man könne eine solche Entscheidung mit einem solchen Risiko jedoch nicht treffen. Die CDU lehne daher die vorgetragene Änderung der gegebenen Beschlusslage ab. Er geht auf die Anfrage der Kindergartenleiterin in der Bürgerfragestunde ein: selbstverständlich sehe man den Kindergarten in der Altstadt als wichtig an, sei aber nicht der richtige Adressat der Fragen, denn eigentlich müsste dem Träger klar sein, dass die Stadt dem Ansinnen nicht zustimmen könne.

Stadträtin Krastel schließt sich in vielen Dingen den Ausführungen ihres Vorredners an. Die Grünen sähen es sehr kritisch, dass die Stadt fast einen Knebelvertrag vorgelegt bekomme. Man könne die Forderung, die Miete komplett zu übernehmen, nicht mittragen. Man sehe es als erforderlich an, mit der Kirche nochmals in Verhandlungen darüber zu gehen, wie eine gute Lösung gefunden werden kann.

Stadtrat Hertel teilt mit, auch seine Fraktion habe sich intensiv Gedanken gemacht, in dem Wissen, wie wichtig die Arbeit im Kindergarten ist bzw. am Standort. Man sehe aber auch Probleme, wie die anderen Fraktionen. Die SPD könne mit dem Vertrag in der vorgetragenen Form nicht mitgehen. Man könne in der jetzigen finanziellen Situation der Stadt allenfalls auf eine 5-jährige Bindung gehen, aber nicht länger. Schließlich gäbe es auch andere Kindergarten-Pläne und Notwendigkeiten, für die man mit Zustimmung zu diesem Vertrag die Möglichkeiten blockieren würde. Auch er plädiert für Nachverhandlungen.

Stadtrat Wachert betont ebenfalls, man solle mit der Kirche in weitere Verhandlungen treten, aber hart bleiben, da die Stadt keinen finanziellen Spielraum habe.

Stadtrat La Licata macht seinem Unmut Luft. Er ärgere sich immer noch sehr über dieses Angebot. Die katholische Kirche sei eine der reichsten Organisationen der Welt, der größte Grundbesitzer Deutschlands, und drücke der Stadt mit so einem schlechten Angebot die Pistole auf die Brust. So sehr ihm an einer guten Kinderbetreuung in der Altstadt liege - zu solchen Konditionen könne er dem Vertrag nicht zustimmen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat sieht keine Möglichkeit, den von der katholischen Kirche angebotenen Betriebsführungsvertrag zu den aufgerufenen Konditionen anzunehmen und

beauftragt die Stadt, mit dem Träger in weitere Verhandlungen zu gehen. Diese Entscheidung ergeht einstimmig.

6: **Bericht über die Jugendarbeit – mündlicher Vortrag**

6.1: **Sachvortrag:**

Frau Vollmer berichtet anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird, über die verschiedenen Säulen der Jugendarbeit, die in Neckargemünd bereits realisiert sind: Jugendbeteiligung und Zuschüsse zur Schulsozialarbeit sowie Jugendförderung der Vereine. Sie berichtet weiter über die Aktivitäten der städtischen Jugendbeteiligung im vergangenen Jahr und gibt einen Überblick über die geplanten Aktivitäten. Die künftige Jugendarbeit müsse in Zusammenhang mit dem umfassenden Konzept für die zur Verfügung stehenden Kulturhäuser der Stadt gesehen werden, denn Jugendarbeit vollziehe sich vor allem in den entsprechenden Räumlichkeiten. Dieses Konzept sei derzeit in Arbeit. Nach einem Jahr Pause aufgrund fehlender Personalressourcen solle das Jugendforum im Oktober dieses Jahres wieder stattfinden. Es solle erstmals bereits in den Schulen (Gymnasium und Realschule gemeinsam, sowohl im Unterricht als auch bei einem Vorbereitungstermin gemeinsam mit Lehrkräften und Gemeinderat) vorbereitet werden. Sie bittet die Gemeinderäte, schon bei der Vorbereitung des Jugendforums im Schulzentrum mitzuhelfen.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Scheibe teilt mit, es freue die Grünen, dass das Thema auf der Tagesordnung stehe, und weist darauf hin, dass die Jugendbeteiligung Pflicht sei, keine Kür. In der Stadt gebe es breites Interesse für Jugendangebote – hier verweist sie auf die aktuelle Online-Petition, über die in der heutigen Rhein-Neckar-Zeitung berichtet wurde. Sie führt aus, die Baden-Württemberg-weite Jugendstudie 2024 habe ergeben, dass politische Themen für Jugendliche einen großen Stellenwert haben, die Jugendlichen jedoch den politischen Institutionen nicht trauen. Es sei erschreckend, dass sich immer mehr Jugendliche zu Verschwörungstheorien und rechtsextremem Gedankengut hingezogen fühlten. Man müsse daran arbeiten, die jungen Leute zu den Werten der Demokratie hinzuführen – konstruktivem Denken, Mitnehmen aller, Rücksichtnahme auf Schwache. Ihr sei das Ziel des Jugendforums noch nicht klar. Solle es um Ideen und Wünsche der Jugendlichen gehen, um Fortbildung zu Kommunalpolitik, oder Entwicklung dauerhafter Beteiligung wie einem Jugendgemeinderat? Gebe die Stadt die Themen des Forums schon vor, oder könnten sie sich entwickeln?

Frau Vollmer antwortet, das Jugendforum solle eine Auftaktveranstaltung sein, und künftig regelmäßig stattfinden. Erschwerend sei jedoch, dass es wenig städtische Personalressourcen gebe. In der Neckargemünder Jugendbeteiligung lege man Wert darauf, zu hören, was die Jugendliche interessiert, und darauf einzugehen. In den vorigen Jugendforen habe man immer das Thema Jugendgemeinderat angesprochen und informiert, allerdings hätten sich die Jugendlichen bisher immer eher ablehnend dazu geäußert, und stattdessen Einzelprojekte bevorzugt. Beim letzten Mal sei der Altersdurchschnitt auch niedrig gewesen, ein Grund dafür, dass das Thema keine große Resonanz gefunden habe. – Bei den vorigen Terminen habe man Themen, die für die

Neckargemünder Jugendlichen erfahrungsgemäß wichtig sind (etwa Umwelt, Hilfe für benachteiligte Jugendliche / Barrierefreiheit, Freizeitangebote, Sportmöglichkeiten), lediglich vorgeschlagen, aber nichts vorgegeben. Man habe sich freigehalten, auf alles einzugehen, was die Jugendlichen sich wünschen. Hiervon wolle man nun ein Stück abgehen, denn es sei dann fraglich, ob man für evtl. spontane Ideen im Forum die entsprechenden Experten vor Ort habe, die mit den Jugendlichen gemeinsam die Themen bearbeiten können. Wenn sich in der Vordiskussion im schulischen Rahmen allerdings etwas Neues ergäbe, würde man darauf eingehen.

Stadträtin Scheibe möchte wissen, ob die Vorschläge dann an den Gemeinderat weitergegeben werden. Frau Vollmer erläutert, bisher seien häufig kleinere Dinge wie Reparaturen an Sportanlagen gewünscht worden; aber es gebe je nach Themen selbstverständlich die Möglichkeit, dass die Jugendlichen in den Gemeinderat kämen und ihre Ideen vortragen – auch das habe man in der Vergangenheit bereits gemacht.

Der Bürgermeister spricht an, man müsse sich darauf vorbereiten, etwaiger Diskrepanz zwischen den Wünschen der Jugendlichen und den Kosten zu begegnen. Der damals von den Jugendlichen gewünschte Skaterpark hätte beispielsweise nicht mehr als 50.000 Euro kosten sollen, die Wünsche an die Ausstattung hätten jedoch geschätzt rund 1 Million Euro gekostet. Man wolle daher so vorgehen, im Jugendforum einer Gemeinderatsvorlage ähnliche Schriftstücke zu erstellen, um für den Haushalt 2026 konkrete Maßnahmen in Aussicht stellen zu können. Um diese Brücke zu schlagen, wolle man das genannte zweigestufte Verfahren anwenden, so dass sich die thematische Richtung schon in der schulischen Vorbesprechung abzeichnet und die Verwaltung in den dann folgenden 2 Wochen bis zum Forum konkrete Maßnahmenvorschläge vorbereiten kann.

Stadtrat Wachert gefällt das neue Konzept mit Einbeziehung der Schulen gut. Wer Jugendliche in diesem Alter habe, wisse, dass es schwierig sei, attraktive Angebote zustande zu bekommen, um sie von den Medien oder vom Rewe-Parkplatz wegzulocken. Im schulischen Rahmen sei es vielleicht einfacher, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

Weiterhin nimmt Stadtrat Wachert Bezug auf den Suizid an der Realschule im vergangenen Jahr und regt an, zeitnah die Schulleitungen und die Schulsozialarbeit zu hören. – Diesbezüglich kündigt der Bürgermeister an, dass ein Bericht der Schulsozialarbeiter bereits für die kommende Gemeinderatssitzung vorgesehen sei.

Stadtrat Staudenmaier befürwortet ebenfalls, dass es erneut ein Jugendforum geben solle, und ihm gefällt das neue Konzept der Vorbereitung in der Schule. Es werde wichtig sein, so zu moderieren, dass die Jugendlichen Ideen ausarbeiten, die man zeitnah umsetzen kann, und ihnen keine falschen Hoffnungen à la Skaterpark macht.

Stadträtin Linier regt an, die SMV mit einzubeziehen, sowie die Gemeinschaftskundelehrer. Auch für den Fall, dass Klassensprecherwahlen erst nach den Terminen stattfinden, sei es sinnvoll, gegebenenfalls die „alte“ Besetzung anzusprechen. Zur Vereinsförderung für Jugendarbeit möchte sie wissen, ob sich die Vereine direkt an die Stadt wenden, oder die Stadt die Vereine anspricht? Frau Vollmer erläutert,

Grundlage der Jugendförderung sei die Aufnahme des Vereins auf Antrag in das Förderprogramm, entsprechend der städtischen Vereinsförderrichtlinien. Im Falle der Aufnahme habe er Anspruch auf Förderung. Diese Möglichkeit werde bei jedem Vereinsabend publik gemacht, auch bei weiteren Anlässen, und sei weitgehend bekannt. Anträge würden regelmäßig direkt an Frau Vollmer gerichtet.

Der Bürgermeister empfiehlt allen Vereinen, beim nächsten Vereinsforum dabei zu sein, man bekäme dort immer wichtige Informationen – etwa auch über Finanzierungsmöglichkeiten über das Vereinsförderprogramm der Stadt hinaus. Wenn die Stadt auch klamm sei, gebe es noch die städtischen Stiftungen, sowie externe Fördermöglichkeiten etwa in Programmen der Banken. Der Bürgermeister ergänzt zur Frage der Einbeziehung der SMV, dass die Stadtverwaltung zur Vorbereitung des neuen Konzeptes erst einmal Besprechungen mit den Schulleitungen hatte, damit das Konzept grundsätzlich abgestimmt und in der Praxis vorstellbar in der heutigen Sitzung präsentiert werden konnte. An die SMV habe man gedacht und wolle sie noch informieren.

Stadträtin Krastel fragt nach einer Begründung für die Altersbegrenzung auf die Klassenstufen 7 – 10. Bezwecke man damit, dass sich insbesondere Jüngere eher trauen, etwas zu sagen? Ältere Klassenstufen hätten gewiss ebenfalls Lust, mitzumachen. Frau Vollmer erklärt, dass die Beschränkung dem Wunsch der Schulleitung entspreche. Die Stadtverwaltung sei mit den Klassenstufen 5 – 12 in die Planung eingestiegen, aber die Rektoren seien dagegen gewesen: für die Klassen 5 und 6 seien sowohl die Aufmerksamkeitsspanne und der Mut, öffentlich zu reden, schwierig. In den Stufen 11 und 12 sei das Abitur der bestimmende Gedanke. Es sei bekannt, dass viele Abiturienten mit dem Kopf schon gar nicht mehr in Neckargemünd seien, sondern sich schon auf ihre Studienorte vorbereiteten. Auch werde es bei den hohen Stufen problematisch mit dem Stundenplan, und 2 Stufen seien in dieser Zeit auf Klassenfahrt. Frau Vollmer betont, die Stadt informiere nicht nur über die schulischen Vorbereitungstermine über die Jugendbeteiligung und das Jugendforum, sondern alle Jugendlichen im Alter von 10 – 20 Jahren bekämen wie immer eine schriftliche Einladung des Bürgermeisters. Zusätzlich informiere man über die social media-Kanäle und die städtische Pressearbeit, und hänge Plakate auf.

Stadträtin Scheibe möchte wissen, welche Stellenanteile in der Stadtverwaltung für die Jugendarbeit vorgehalten werden. Der Bürgermeister teilt mit, überhaupt keine für die Jugendarbeit. Für die Jugendbeteiligung stünde ein Anteil von 20 % Vollzeit-äquivalenten zur Verfügung. Der diesjährige Graffitiworkshop werde „on top“ geleistet. Hinsichtlich des Personals, um Jugendarbeit zu realisieren, kündigt er eine Information über die bisher noch nichtöffentliche städtische Planung an, wie die Verwaltung das Alte E-Werk bis zum Ende nächsten Jahres als Jugendzentrum ausbauen könne, wenn der Gemeinderat mitgehe. Dabei werde es voraussichtlich um einen Betreiberwechsel weg vom Stadtjugendring gehen sowie um Personalakquise. Jugendarbeit lebe vom Netzwerken, so dass man von einem Aufbauprozess ausgehen könne, der im 4. Quartal 2025 starten und ein Jahr später vollständig sein solle.

Stadtrat Bernauer dankt für das durchdachte Konzept, wovon man sich greifbare Ergebnisse erwarte, die im Gremium dann gut beraten werden können.

Stadtrat Katzenstein: teilt mit, es gehe darum, dass Jugendliche gehört werden, sich beteiligen können, nicht mehr nur auf dem Parkplatz sitzen. Man fange nun wieder an mit Jugendarbeit, und dafür brauche es entsprechende Ressourcen. Die Zielmarke solle sein, dass es nicht nur eine Veranstaltung jährlich gebe, sondern besser 1 x im Quartal oder 3 x im Jahr. Es führe auch zu Frust bei den Jugendlichen, wenn ihre Wünsche nicht bearbeitet würden. Die Jugendarbeit müsse auf Kontinuität ausgelegt sein. In diesem Zusammenhang rät er der Verwaltung, das Konzept der Stadt Lauffen anzuschauen. Sie hätten einen Jugendrat an den Schulen gewählt – eine Art Vorstufe zum Jugendgemeinderat, etwas niedrigschwelliger, und weniger Arbeit für die Verwaltung als beim Jugendgemeinderat. Ein gutes Konzept für die Jugendarbeit könne die Verwaltung auch bei der Stadt Sinsheim anfragen.

Stadtrat Dr. Cherwon erwähnt, auch die Jugendsicherheit sei ein Thema, und es solle in das Konzept für Jugendarbeit einfließen. In Neckargemünd sei Bedarf.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7: **Interfraktioneller Antrag vom 25.03.2025 auf Geschwindigkeitsbeschränkung und Fußgängerampel auf der Querung Adam-Siefert-Str., Höhe Sportplatz: Sachstandsbericht**

Die digital an den Gemeinderat gesandte Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt, ebenso der interfraktionelle Antrag.

7.1: **Sachvortrag:**

Stadtrat Bernauer begründet als Verfasser des Antrages die Intention wie folgt: „Am 25.3.2025 wurde im Rahmen der Gemeinderatsitzung der folgende Antrag eingebracht, welcher von allen anwesenden Stadträtinnen und -räten unterzeichnet wurde. Hintergrund ist die seit Jahren geforderte Geschwindigkeitsreduzierung, sowie die Errichtung einer Fußgängerampel im Bereich der B45, auf Höhe der Einfahrt zur Adam-Siefert-Straße. Dieser Bereich ist nicht nur in den letzten Jahren, sondern gerade erst akut vor kurzer Zeit wieder Schauplatz von Unfällen geworden. Der schlecht einsehbare Kurvenbereich, sowie abbiegende Fahrzeuge sorgen oft für kritische Situationen. Noch gefährlicher jedoch ist die Querungssituation. Dort wohnende Schulkinder müssen eine Bundesstraße bei 70km/h oder oftmals auch unerlaubterweise höheren Geschwindigkeiten überqueren. Um es drastisch zu formulieren: Der Gemeinderat möchte Personenschäden zuvorkommen. Hierzu regen wir - neben der Geschwindigkeitsreduzierung, welche erfahrungsgemäß ein längeres Unterfangen ist - die Errichtung einer Dunkelampel an. Der Vorteil hier wäre, dass sie nur bei Bedarf Signale zeigt, dann eine sichere Querung ermöglicht und ansonsten keine Hinderung des Verkehrsflusses darstellt.“

Mittels dieses Antrages möchte der Gemeinderat die Unterstützung der notwendigen Maßnahmen signalisieren. Zudem soll er als Bekräftigung für Herrn Bürgermeister

Seidel dienen, um bei den zuständigen Stellen den dringenden Handlungsbedarf zu unterstreichen.“ Anschließend verliest er den Antragstext mit Zielsetzung lt. Vorlage.

Der Bürgermeister ergänzt als Information, dass eine ähnlich gelagerte Petition an den Landtag gerichtet wurde. Eine freiwillige Geschwindigkeitsbeschränkung durch das RP sei nicht in Aussicht. Man müsste die verkehrsrechtlichen Anordnungen des Lärmaktionsplans abwarten – mit einer Umsetzung könne man ab Herbst rechnen. Ungünstig sei, dass nun schon länger als 1 Jahr keine Verkehrstagfahrt des Rhein-Neckar-Kreises mehr stattgefunden habe. Bei den gestellten Anträgen müsse man davon ausgehen, dass sie ähnlich behandelt werden, wie die zuvor gestellten, und von der Verkehrsbehörde mit großen Hindernissen gesehen werden. Er dankt auch den Gemeinderäten und der Verfasserin der Petition, Frau Hoffmann, dass sie den Wunsch unterstützen, die Behörden in die von den Bürgern und der Stadt gewünschte Richtung zu leiten.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein dankt dem Gremium, dass sich alle geschlossen hinter den Antrag gestellt hätten. Es bestehe tatsächlich eine Gefahrensituation, vor allem auch morgens im dichten Verkehr. Der Weg mit dem Bus brauche oft lange, da man die Straße vielfach nicht so rechtzeitig queren könne, dass man den Bus noch bekäme. Er könne die Argumentation der unteren Verkehrsbehörde nicht nachvollziehen. Sachstand im Petitionsverfahren sei seines Wissens, dass es von Behördenseite immer noch nicht fertig bearbeitet sei. Da man wisse, dass es sehr lange keine Verkehrstagfahrten mehr gegeben habe, läge ggf. hier der Flaschenhals, und auch die entsprechende Abteilung der Verkehrsbehörde sei chronisch unterbesetzt. Er bittet darum, dass das Sitzungsprotokoll ergänzend zu den Petitionsunterlagen ans Land geschickt werde.

Stadträtin Oppelt fragt an, ob die Stadträte bei der Verkehrstagfahrt anwesend sein könnten. Stadtrat Katzenstein teilt mit, früher sei es üblich gewesen, dass nur 1 Vertreter pro Fraktion teilnimmt. Logistisch wäre es sonst ein Problem, und auch die Zeitdauer für die Fahrt werde nach so langer Pause sehr lang sein. Der Bürgermeister sagt zu, der organisierenden Stelle im Landratsamt diese Bitte weiterzugeben.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat fasst einstimmig die folgenden Beschlüsse:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachstand zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat befürwortet die Anbringung einer Geschwindigkeitsmesstafel für den Streckenabschnitt B 45/Adam-Siefert-Straße.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Thematik erneut im Gemeinderat zu behandeln, sobald der Ausgang des Petitionsverfahrens sowie das Ergebnis der Neuberechnung des Lärmaktionsplans vorliegen.

8: **Mitteilungen und Anfragen**

8.1: **Städtischer Schaukasten am Hanfmarkt**

Der Bürgermeister teilt mit, das schon längere Zeit fehlende „K“ am Schriftzug, das in der Wahrnehmung der Bürgerschaft teils für Erheiterung, teils für Missfallen gesorgt habe, sei inzwischen ersetzt, außerdem werde der Kasten neu lackiert, damit er wieder ansehnlich aussehe.

8.2: **Baumaßnahme Im Franz Vollmer**

Der Bürgermeister informiert, die Baustelle sei inzwischen abgeschlossen. Man müsse davon ausgehen, dass der schlechte Straßenunterbau, den man vorgefunden habe, auch bei den benachbarten Straßenzügen, die zeitgleich gebaut worden seien, zu finden wäre.

8.3: **Beschluss im Schriftlichen Verfahren zur Bundesstraße Neckarsteinacher Straße**

Der Bürgermeister erwähnt kurz den Hintergrund zu der Ratsentscheidung: ein Bau-träger habe entlang der Bundesstraße eine Kanalbaumaßnahme nicht den Vorschriften entsprechend vorgenommen. Die Stadt sei in Vorleistung getreten, damit der Kanal schnellstens instandgesetzt wird. Anschließend hätte die Stadt den Bau-träger verklagt und gewonnen. Weitere Informationen sind dem „Zusatz zum Protokoll“ am Schluss des Protokolls zu entnehmen.

8.4: **Baustellenabsperrrungen aktuell auf der Bahnhofstraße**

Stadtrat Hertel möchte wissen, ob die Baustellenabsperrrungen, die seit einigen Tagen entlang der Straße zu sehen seien, in Zusammenhang mit Straßensperrungen für die Glasfaserarbeiten stehen. In der Bevölkerung habe es Unruhe gegeben, da Zeitdauer und Ausmaß der Sperrung nicht bekannt gegeben worden seien. Der Bürgermeister erläutert, die Absperrrungen stünden nicht im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau, sondern wären für die Kranaufstellung für ein Anwesen gegenüber der Volksbank erforderlich. Ohne Kran seien die entsprechenden Baumaßnahmen nicht realisierbar. Die Stadtverwaltung wolle recherchieren, was sich aus der entsprechenden verkehrsrechtlichen Anordnung an Umfang und Dauer der Sperrung ergibt, und in der Presse entsprechend informieren.

8.5: **Ortsdurchfahrt Rainbach: Sperrungen Gehweg**

Stadtrat Staudenmaier spricht die 3 Pylonen an, die wohl noch auf dem Fußgängerweg stehen. Warum würde dieser noch immer gesperrt? Laut Ortsvorsteher Erles befindet sich der Fußweg, wie auch die Pylonen, auf einem Privatgrundstück. Der Eigentümer könne auf dem privaten Weg nach seinem Ermessen verfahren.

Stadträtin Mayer sieht eine Inkongruenz mit der Auskunft, die die Bürgerinitiative seinerzeit beim Bürgerentscheid „Rainbach 2.0“ zum Radweg entlang des Leinpfades von der Stadt bekommen habe. Die Stadt habe damals mitgeteilt, dass auch der eingetragene Radweg Privatweg sei, man sich aber keine Gedanken machen müsse, es gelte die „unvordenkliche Verjährung“, nach der die allgemeine Nutzung daher auf Dauer möglich sein solle. Nun sei die betreffende Straße Mitte der 70er-Jahre angelegt worden, und es gebe hier ein Stück privaten Gehweg. Könne man dann auch hier ein unvordenkliches Recht durchsetzen? Der Bürgermeister teilt mit, auf die Frage der „unvordenklichen Verjährung“ wolle er sich in der Sitzung nicht äußern, da dies prozessrelevant sein könnte. Er kündigt eine schriftliche Beantwortung an Stadträtin

Mayer an. Die Frage der Widmung dieses Straßenstücks müsse geklärt werden, diesbezüglich müsse er zunächst recherchieren.

Stadträtin Krastel fragt, ob es für diese Wegstücke ein eingetragenes Wegerecht gebe. Der Bürgermeister wiederholt, dass man dies herausfinden könne.

8.6: **Verkehrssituation Mückenloch durch Straßensperrung Langenzell - Lobenfeld**

Stadtrat Scholl dankt für das schnelle Handeln und die gute Reaktion der Stadtverwaltung, insbesondere von Frau Watzelt. Er nimmt Bezug auf die öffentliche Äußerung von Ortsvorsteher Erles, dass das Verkehrsaufkommen in Dilsberg nicht mehr geworden sei. Sei es denn inzwischen besser oder schlechter geworden?

Ortsvorsteher Erles stellt klar, dass sich seine Aussage lediglich auf den ersten Tag der Sperrung bezogen habe. Seitdem habe sich der Verkehr zunächst seinen Weg gesucht, und sei auch in Dilsberg gestiegen. Es führen auch Sattelzüge und Reisebusse durch. In Dilsberg sei man froh, dass die Glasfaserbaustellen noch da seien, denn angesichts derer nutzten die Autofahrer inzwischen dann doch lieber die offizielle Umleitungsstrecke.

Stadtrat Scholl möchte außerdem wissen, ob der „Schilderwald“ der Verbots- und Halteschilder von der Stadt oder vom Kreis aufgestellt worden sei. Lt. dem Bürgermeister gehen diese auf den Rhein-Neckar-Kreis zurück.

Stadtrat Scholl teilt mit, dass keine Tempobegrenzungen eingehalten würden. An den Ortsein- und ausfahrten werde deutlich Gas gegeben. Wenn da nichts passiere, etwa eine Blitzeraktion wie letzte Woche in Dilsbergerhof, bleibe es sehr gefährlich für die Passanten, auch für die Kunden von Connys Lädchen. Vor allem entlang der Waldwimmersbacher Straße werde viel zu schnell gefahren.

Zusatz: Entscheidungen im schriftlichen Verfahren

gemäß § 37 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO)

Die Vorlage zu ug. TOPs wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Sie wurde den Gemeinderäten am 02.05.2025 in je gleichlautenden Dokumenten zugeschickt. Als Widerspruchsfrist wurde der Zeitraum bis einschließlich 16.05.2025 eingeräumt.

Innerhalb der Widerspruchsfrist ging kein Widerspruch seitens der Stadträte ein. Es wurden damit einstimmig im schriftlichen Verfahren zum 16.05.2025 folgender Beschluss gefasst:

1) Annahme des gerichtlichen Vergleichs: Stadt Neckargemünd ./.. Geopunkt Spezialtiefbau GmbH vor dem Landgericht Heidelberg

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt, dem am 29.04.2025 geschlossenen Vergleich nicht zu widersprechen. Der Gemeinderat stimmt damit zugleich der Niederschlagung des Abzugsbetrages und der Übernahme von 21 % der vom Gericht noch zu berechnenden Prozesskosten zu.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Erklärungen gegenüber dem Landgericht Heidelberg abzugeben.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Haaf

Die Schriftführerin

Stadträtin Krastel